

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Lokalblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kautsch, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Miltig-Roitzschen, Ranzig, Reufirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Rohrdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unfersdorf, Weistropf, Wilberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 54 Pf. Inzerate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Inzerationspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 3.

Dienstag, den 6. Januar 1903.

62. Jahrg.

Die Ortsbehörden des hiesigen Bezirks werden wiederum darauf aufmerksam gemacht, daß die Militärpflichtigen durch öffentlichen Anschlag, öffentliche Bekanntmachung oder auf andere ortszübliche Weise unter Androhung der auf die Veräumnis gesetzten Strafen zur rechtzeitigen Anmeldung bei der **Rekrutierungs-Stammrolle**, welche nach § 25,1 der Wehrrordnung in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar erfolgen muß, aufzufordern sind.

Die Rekrutierungs-Stammrollen sind nach erfolgter Eintragung der Militärpflichtigen in **alphabetischer Reihenfolge** mit den Auszügen aus dem Geburts-Register für das Jahr 1883, den **landesamtlichen** Geburtscheinen, Laufungscheinen und etwaigen sonstigen Unterlagen bis zum

4. Februar 1903

hier einzureichen.

Ueber etwaigen **Abgang** und **Zugang** Militärpflichtiger nach erfolgter Einreichung der Stammrollen ist sofort Anzeige bezw. unter Beifügung eines **Stammrollen-Nachtrages** anher zu erstatten.

Im Uebrigen ist der Anweisung für die Gemeindevorstände vom 31. Dezember 1901 — 1637B — genau nachzugehen.

Meissen, am 30. Dezember 1902.

Königliche Amtshauptmannschaft.

O. B.

von Schroeter.

G.

Nachdem die **Rekrutierungsstammrollen** für die Ortschaften des hiesigen Bezirks berichtigt worden sind, werden die Herren Gemeindevorstände hierdurch veranlaßt, dieselben hier abzuholen.

Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, am 2. Januar 1903.

O. B.

von Schroeter.

Politische Rundschau.

Die Studienzeit des deutschen Kronprinzen in Bonn, die Ostern vor zwei Jahren begann, schließt mit diesem Osterfest, ist in der Hauptsache aber schon jetzt zu Ende, wo der Prinz demnächst in Petersburg einen Besuch abstatten und im März noch eine Rundreise in den Mittelmeer-Ländern unternehmen wird. Die Verlobung des jungen Herrn, der im Mai 21 Jahr alt wird, dürfte dann auch nicht mehr allzulange auf sich warten lassen, wenn sie gleich schwerlich so schnell erfolgen wird, als vielfach behauptet wird. Kaiser Wilhelm II. heirathete mit 22 Jahren.

Der Bundesrath hielt am Sonnabend seine erste Plenarsitzung im neuen Jahre ab. In derselben stimmte er den Ausschussberichten über eine Anzahl Spezialetat des Reichshaushaltsetats für 1903 zu.

Der deutsche Reichstag wird heute über acht Tage, am Dienstag, den 13. Januar, wieder in Berlin zusammentreten und am gleichen Tage wird auch der preussische Landtag vom Ministerpräsidenten Grafen Bülow eröffnet werden. So stürmisch es vor Weihnachten in der deutschen Volksvertretung zugeht, so still wird es im neuen Jahre werden, vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratie nicht unwillig Streit herbeiführt. Im Wesentlichen ist eigentlich nur noch der Reichshaushalt für 1903/04 zu erledigen. Andere Vorlagen, wie das Kinderschutzgesetz etc., bieten keinen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten.

Ueber treibungen. Trotzdem das Zolltarif-Gesetz und der Zolltarif bereits vom Kaiser sanktionirt und amtlich veröffentlicht worden sind, haben sich die Welken, die ihre Verathung im Reichstage geschlagen hat, noch immer nicht beruhigt. In der Presse tobt der Kampf weiter. Die Extremen auf beiden Flügeln ergehen sich dabei in maßlosen Uebertreibungen, die die Wirklichkeit weit hinter sich lassen. Auf der einen Seite bekämpfen die Führer des Bundes der Landwirthe jene Gesetze, weil nach ihrer Auffassung die verbündeten Regierungen darin für die Landwirtschaft zu wenig gethan haben. Aus dem entgegengegesetzten Grunde sind die in den freisinnigen Parteien und in der Sozialdemokratie verbündeten Freihändler gegen die Gesetze: sie protestiren, daß der Landwirtschaft Sonderprivilegien auf Kosten der anderen Erwerbszweige verschafft werden sollten. Am nochmals die Gründe zusammenzufassen, die ihre Freunde veranlaßt haben, das Zolltarif-Gesetz und den Zolltarif abzulehnen, veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“, das Hauptblatt des Bundes der Landwirthe, eine Reihe von Artikeln mit der Ueberschrift „Unannehmbar!“ Schon der erste enthält die un-

geheuerliche Behauptung, daß das, was die neuen Gesetze der Landwirtschaft bieten, kein Plus, sondern ein Minus bedeute. Das heißt mit andern Worten: die Landwirthe hätten keinen Vortheil, sondern Schaden davon. Wie liegt die Sache in Wirklichkeit? Wir wollen hier die Urtheile von Männern anführen, deren der Landwirtschaft freundlich gesinnung über allem Zweifel erhaben ist: zweier konservativer Abgeordneter. In einer Versammlung von Landwirthen in Briegwall hat der Präsident des preussischen Abgeordnetenhanfes, Herr v. Kröcher, ausdrücklich erklärt: „Was wir erlangen, ist nicht schlechter, sondern besser als das, was wir bisher haben!“ Ausführlicher hat sich ein konservativer Reichstags-Abgeordneter in der „Zeitung für Hinterpommern“ über die Vortheile ausgelassen, die die Landwirtschaft von den beiden Gesetzen hat. Aus dem Zolltarifgesetz nennt er als wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Rechtszustande vor allem die Bestimmungen über die Ueberschneidung der Getreide, wodurch die Forderungen der Landwirtschaft in der Hauptsache erfüllt worden seien. Auch aus dem Zolltarifgesetz weist er zahlmäßig nach, daß dieser „die Zollsätze für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Mais und Rüben gar nicht oder wenigstens nicht wesentlich geringer festsetzt, als von Vertretern der Landwirtschaft gefordert worden sei.“ Das klingt doch anders als die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“! Nicht besser als die Extremen auf der Rechten machen es — wie gesagt — die freihändlerischen Blätter. Ob sie sich freisinnig oder sozialdemokratisch nennen, darin sind sie einig, daß der Reichskanzler den Agrariern unerträgliche Zugeständnisse gemacht habe. Die freisinnige „Vossische Zeitung“ beispielsweise redet von einem großen Geschenk, das den Landwirthen auf Kosten des allgemeinen Wohls entgegengetragen sei. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ behauptet sogar, daß sich „die Vortheile, die die deutsche Landwirtschaft aus der Zollpolitik des deutschen Reiches künftig ziehen, auf mindestens 1200 Millionen Mark jährlich belaufen.“ Wie man sieht, halten sich die Extremen beider Richtungen bei ihren Uebertreibungen die Waage. Da sie Beide ungefähr gleich weit über das Ziel hinausgeschossen, haben sie sich untereinander auf. Thatsächlich bedeutet der vom Reichstage mit 100 Stimmen Mehrheit angenommene und, wie sich von Tag zu Tag deutlicher zeigt, auch von dem weitüberwiegenden Theile der Bevölkerung gebilligte Zolltarif das, was von Anfang an vorauszusetzen war, den Sieg der verständigen Mittellinie.

Venezuela. Die Schuld darf man sich bezüglich

Die Herren **Standesbeamten** des hiesigen Bezirks werden veranlaßt, 1. gemäß § 46, 7a der Wehrrordnung den Ortsbehörden ihres Bezirks je einen **Auszug aus dem Geburts-Register** des Jahres 1886, enthaltend alle Eintragungen der Geburtsfälle von Kindern männlichen Geschlechts innerhalb der Gemeinde, bis

zum 15. Januar 1903

zuzustellen und

2. gemäß § 46, 7b der Wehrrordnung die **Auszüge aus dem Sterbe-Register** über die im Jahre 1902 verstorbenen männlichen Personen, welche das 25. Lebensjahr nicht erfüllt haben, ebenfalls bis

zum 15. Januar 1903

anher einzureichen.

Königliche Amtshauptmannschaft Meissen,
am 31. Dezember 1902.

O. B.

von Schroeter.

G.

Im **Versteigerungslokale** des hiesigen **Königlichen Amtsgerichts** sollen **Freitag, den 9. Januar 1903, 10 Uhr Vorm.,** versteigert werden:

1 Wäsche- und 1 Kleiderkranz, 1 Waschtisch.

Wilsdruff, den 1. Januar 1903.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

des Fortganges der Lösung der venezolanischen Angelegenheit nicht lang werden lassen, man muß damit rechnen, daß es schließlich doch zur endgiltigen Auseinandersetzung ohne Blutvergießen kommen wird. 40 venezolanische Kriegsschiffe und Handelsfahrzeuge, auf welchen man im Ganzen auch 30000 Dollars Baargeld fand, sind von den deutschen und englischen Kreuzern aufgefangen, und damit dürfte die Republik alle ihr gehörigen Schiffe verloren haben. Weiteres wollen die Mächte, wie bekannt, nicht beginnen, sie begnügen sich, nun auch den Schiffen anderer Nationen den Weg in die venezolanischen Häfen zu sperren. Mit dem Bürgerkrieg zwischen dem Präsidenten Castro und seinen Gegnern geht es nicht von der Stelle, beide Parteien erachten ungewiss, die Vorsicht als der Tapferkeit besseren Theil. Der Präsident wird jedenfalls darüber klar werden, daß der heutige weniger gefahrvolle, als lästige Zustand auf der Dauer nicht anhalten kann. Und es ist ihm ja schon hinreichend deutlich gemacht, wie er aus der Falle heraus kann. Was ihn sich fröhnen läßt, ist einzig der Umstand, daß es mit dem bisherigen Leeren der Staatskassen zu Gunsten seiner eigenen Taschen nunmehr vorbei sein wird. Aber da Herr Castro's Vermögen bereits auf 20 Millionen Francs geschätzt wird, wird er auch über diesen Punkt sich mit der Zeit hinwegsetzen können.

Die deutsch-czechische Verständigungskonferenz ist am Sonnabend zu Wien unter Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Kröcher zusammentreten. Es fand ein allgemeiner Gedankenaustausch statt, der gerade keine ganz ungünstigen Aussichten auf eine mögliche Verständigung eröffnete. Nur die deutsch-nationalen Abgeordneten aus Mähren ließen durch den Abgeordneten Chiari erklären, daß sie an den weiteren Verhandlungen nicht theilnehmen könnten. Vom Ministerpräsidenten wurden schließlich die Vertreter Mährens auf Montag Vormittag 10 Uhr, die übrigen Abgeordneten auf Montag Nachmittags 3 Uhr zu einer weiteren Konferenz eingeladen.

Aus London: Der Kolonialminister Chamberlain hat auf seiner Reise den Boden der Kolonie Natal verlassen und ist in der Hauptstadt der ehemaligen Transvaalrepublik angekommen. Die Boeren von Pretoria haben eine würdige Haltung bewahrt, trotzdem sie aus Neuse von Chamberlains Doppeltzungigkeit gehört haben, die Engländer haben ihren großen Mann entsprechend begrüßt. Während nämlich, wie erinnerlich sein wird, Lord Kitchener beim Friedensschluß den Boeren eine baldmögliche Selbstverwaltung versprochen, meinte Chamberlain, die Verwaltung würde erst dann eintreten können, wenn die ehemaligen Boeren-Republiken sich selbst verteidigen könnten gegen eingeborene Gegner. Man sollte doch meinen, Herr Chamberlain